

Der Oberbürgermeister
Plauen, 28.10.2025

Niederschrift über die 9. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses

Sitzung am: Donnerstag, den 18.09.2025
Sitzungsort: Sitzungszimmer 345,

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:13 Uhr

Anwesenheit:

Name

Bemerkung

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Heike Bertram
Herr Sebastian Heydel
Frau Steffi Liedtke
Herr Michael Petzold

zeitweise anwesend, bis TOP 5
zeitweise anwesend, bis TOP 5

Beratendes Mitglied

Frau Christa Süß

Stellvertretendes Mitglied

Herr Sven Gerbeth
Frau Maike Kühn
Herr Georg Schatzberg
Herr Tim Schuster

Vertretung für Frau Yvonne Gruber
Vertretung für Herrn Frank Erhardt
Vertretung für Frau Cornelia Erhardt
Vertretung für Frau Diana Simon

Abwesenheit:

Name

Bemerkung

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Cornelia Erhardt
Herr Frank Erhardt
Frau Yvonne Gruber
Frau Diana Simon
Frau Diana Tarnawski

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt, keine Vertretung

Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Bursee
Herr Sebastian Loik
Herr Prof. Dr. Dirk Stenzel
Frau Claudia Weise

entschuldigt, dienstlich
entschuldigt, dienstlich
entschuldigt, dienstlich
entschuldigt, dienstlich

Mitglieder der Verwaltung:

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport
Simone Schurig, Leiterin Schul- und Sportreferat
Heidi Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte

weitere Sitzungsteilnehmer:

Marlen Michel, Schulleiterin der Dr.-Christoph-Hufeland-Oberschule
Sabine Schott, Freie Presse (öffentlicher Teil)

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 05.06.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Informationen des Bürgermeisters
- TOP 2 Vorstellung des Konzeptes „Integration von Migranten und Migrantinnen durch Lernen und berufliche Navigation“ (IMLeBeN)
Berichterstattung: Marlen Michel, Schulleiterin der Dr.-Christoph-Hufeland-Oberschule
- TOP 3 Folgeförderung für das Vorhaben „Villa Postplatz“ über das Programm „Weltoffenes Sachsen“ der Mobilien Jugendarbeit
Berichterstattung: Vertreter des Vereins MJA Plauen e.V.
- TOP 4 Vorberatung
- TOP 4.1 Antrag der SPD/Initiative-Fraktion - Keine Erhöhung der Kitagebühren -, Reg.-Nr. 72/25 -
Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 9. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet.

Bürgermeister Kämpf begrüßt zunächst die Stadträte, sachkundige Einwohner, Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste und Pressemitglieder.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Bürgermeister Kämpf darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen und Stadtrat Tim Schuster, AfD-Fraktion, bestellt.

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Es sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Da an der heutigen Sitzung auch Stellvertreter teilnehmen, bittet er um Beachtung, dass wenn Vertreter entsandt werden, diese auch in ihrer Funktion als Vertreter benannt sind.
Es gab einen Fall im Vergabeausschuss, dass ein Vertreter nicht als Vertreter benannt war, jedoch mitabgestimmt hat. Daraufhin musste der Ausschuss wiederholt werden.

1.2 Tagesordnung

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 3 kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt werden musste. Es gebe noch Klärungsbedarf in Bezug auf die Bereitstellung der Eigenmittel. Es wird zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung genommen.

Weiter liegen keine Änderungsanträge, Fragen oder Hinweise zur Tagesordnung vor.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 05.06.2025

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses vom 05.06.2025 fest.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

1.5 Informationen des Bürgermeisters

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bittet die Stadträte ihre Redebeiträge oder Anfragen in Bezug auf die Protokollierung laut und deutlich vorzutragen.

2 Vorstellung des Konzeptes „Integration von Migranten und Migrantinnen durch Lernen und berufliche Navigation“ (IMLeBeN) Berichterstattung: Marlen Michel, Schulleiterin der Dr.-Christoph-Hufeland-Oberschule

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, begrüßt Frau Marlen Michel, die Schulleiterin der Dr.-Christoph-Hufeland-Oberschule. Einleitend berichtet er, dass die Schulen durch den Zuzug von Migranten seit langem vor großen Aufgaben stehen. Für die jungen Migranten, die in ihrem Heimatland noch keine oder nur wenige Jahre eine Schule besucht haben und in kürzester Zeit in die Regelklasse überführt werden, ist es faktisch unmöglich einen normalen Schulabschluss zu schaffen. Dies führt zu einer hohen Frustration und Perspektivlosigkeit bei den Kindern selbst und stellt die Lehrkräfte vor massive Herausforderungen.

So hatte man sich vor ca. 2 Jahren die Gedanken gemacht, wie man trotz der schwierigen Lage der Situation am besten begegnen könnte. Mit dem Projekt möchte man die Schulen entlasten, den Lernerfolg verbessern und den jungen Menschen eine Chance geben ihren Schulabschluss zu erreichen.

Als Stadt Plauen habe man zwar keinen direkten Einfluss auf das Projekt, aber man habe sich mit den Schulleitungen dazu beraten. Von Frau Michel gab es gute Vorschläge, wie man diesem Thema begegnen kann. So möchte man dieses Pilotprojekt ins Leben rufen, welches man zuvor dem Landesamt für Schule und Bildung sowie dem ehemaligen Kultusminister Piwarz bereits in seiner Amtszeit vorgestellt habe.

Im Rahmen der aktuellen Schulleiterberatungen wurde das Konzept nun auch dem aktuellen Staatsminister für Kultus, Conrad Clemens, in Plauen vorgestellt. In dieser Beratung konnte sich dieser vom Projekt überzeugen und hat finanzielle Unterstützung zugesagt. So werden im Rahmen eines Programms zusätzlich 50.000,00 Euro für das Projekt bereitgestellt. Das ist ein Pilotprojekt, das es bis dato noch nicht in Sachsen gab.

Bürgermeister Kämpf dankt Frau Michel und ihrer Schule für ihr Engagement und die federführende Umsetzung des Pilotprojektes und übergibt ihr das Wort.

Marlen Michel, Schulleiterin der Dr.-Christoph-Hufeland-Oberschule, stellt das Konzept anhand einer Präsentation detailliert vor. Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern über das Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt.

Sprachbarrieren, fehlende Bildung im Heimatland, aber auch die Erziehung, welche andere Werte vermittelt, stellt ihre Schule vor große Herausforderungen. Die Ausprägung der Sprach- und Fachkenntnisse für Jugendliche mit Migrationshintergrund ab 13+ sei die Zeit bis zum Erreichen des Schulabschlusses in Regel zu kurz. Die Folgen sind Unterrichtsstörung und Misserfolge, welche sich nicht zuletzt auch in Schulverweigerung und Angst widerspiegeln. Erfahrungsgemäß verlassen die jungen Migranten die Schule ohne einen Schulabschluss oder erlangen diesen erst mit dem zweiten Bildungsweg.

Bei dem Konzept mit dem Titel „Integration von Migranten und Migrantinnen durch Lernen und berufliche Navigation“, kurz „IMLeBeN“ genannt, handelt es sich um eine Schulform, welche von der 7. bis zur 9. Klasse theoretischen Unterricht und praktische Arbeit vermitteln soll.

Zu der Zielgruppe gehören Neuzugewanderte junge Menschen im Alter von 13-14 Jahren, welche mit hoher Wahrscheinlichkeit ihren Abschluss bei einem regulären Unterricht nicht erreichen würden. Die Schuljahre werden in Trimester eingeteilt. An 3 Tagen in der Woche werden die Jugendlichen in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Landeskunde unterrichtet und 2 Tage sind für die Praxis vorgesehen. Dabei können die Jugendlichen das Berufsfeld kennenlernen und fachliche Kompetenzen aneignen.

Die Hufeland-Oberschule gilt dabei als Pilotschule und wird das Konzept an ihrer Schule umsetzen. Dazu müssen personelle und räumliche Ressourcen geschaffen werden. Um mit dem Projekt starten zu können, werden 1 Lehrkraft für den Unterricht, 1-2 Dozenten für die Berufsfelderkundung, 1 Prüfer zum Erwerb des Sprachzertifikats sowie die Räumlichkeiten benötigt. All diese Voraussetzungen erfüllt die Schule bereits. Am Projekt können alle Schüler der Plauener Oberschulen teilnehmen. Verankert und finanziert wird das Projekt mit dem „Startchancen-Programm“.

Das Ziel sei es, dass die jungen Migranten und Migrantinnen am Ende einen gleichgestellten oder unter bestimmten Voraussetzungen qualifizierten Hauptschulabschluss erreichen und den Sprachnachweis erwerben, welche ihnen den Einstieg in die Berufsausbildung deutlich erleichtern sollen.

Bürgermeister Kämpf ergänzt, das Projekt biete Lösungen für mehrere Aspekte. Zum einen die Entlastung der Lehrkräfte an Oberschulen, bessere Lernfortschritte für Schüler, Chance für diejenigen, die sonst keine hätten und nicht zuletzt die Prävention. Mit dem ähnlichen Konzept, dem „Produktiven Lernen“, welches sehr hohe Erfolgsquote aufweist, hat man bereits gute Erfahrungen gemacht. Den gleichen Effekt erhofft man sich auch bei diesem Projekt. Das bietet jungen Menschen Perspektive und Selbstwert, um eine Ausbildung zu beginnen und später gut ins Berufsleben zu starten.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, möchte wissen, ob die Präsentation an die Fraktionen zur Verfügung gestellt werden kann.

Bürgermeister Kämpf antwortet, dass die Präsentation im Ratsinformationsportal eingestellt wird.

Weiter fragt Stadtrat Gerbeth, ob er es korrekt verstanden hat, dass die Jugendlichen in der 9. Klasse einen nahezu gleichwertigen Hauptschulabschluss erreichen, aber ohne die Prüfung in den Naturwissenschaften.

Frau Michel bejaht dies. Sie erklärt, dass beim Hauptschulabschluss die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch schriftlich geprüft werden. Hinzu kommen noch 2 mündliche Prüfungen. Sie haben gleiche Anzahl an Prüfungen und die Bewertung sei gleich. Gleichgestellt ist es aber deshalb, weil die Jugendlichen vorher nicht am normalen Schulunterricht teilnehmen. Den gleichgestellten Hauptschulabschluss gibt es auch an einer normalen Oberschule.

Ferner möchte Stadtrat Gerbeth erfahren, wann mit dem Konzept gestartet wird und für welche Anzahl der Schüler dieses max. ausgelegt ist. Wer entscheidet dann über die Aufnahme, wenn die Nachfrage höher ist als die Kapazität.

Frau Michel teilt mit, dass geplant sei, das Pilotprojekt nach den Winterferien zu starten. Maximal 20 Schüler pro Klasse sind möglich. Wenn es mehr Bewerber gibt, müsse man Gespräche führen und schauen, ob ernsthaftes Interesse seitens der Kinder besteht.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen und möchte wissen, ob die Schüler die Praxispartner selbst suchen müssen oder ob man auf einen Pool zurückgreifen kann. Des Weiteren fragt er nach, wo die Schüler während der 2-tätigen Praxiszeit untergebracht werden.

Frau Michel erklärt, dass sich die Räumlichkeiten in der Morgenbergstraße befinden und vom Träger namens „Lern & Work“ bereitgestellt werden. Die Praxispartner (Dozenten) sind vorhanden, diese kommen direkt in die Räumlichkeiten und stellen dort ihr Berufsfeld vor. Die Praxisbetriebe für das Praktikum müssen sich die Schüler allerdings selbst suchen. Dadurch wird auch die Selbstständigkeit gefördert.

Stadträtin Heike Bertram, SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, dankt Frau Michel für ihr Engagement und wünscht ihr viel Kraft und gutes Gelingen bei dem bevorstehenden Projekt. Sie lobt, es sei ein gutes Projekt, welches den Schülern die Chance gibt und den Einstieg ins Berufsleben deutlich erleichtert. Ferner möchte sie wissen, ob es Unterstützung für die Schüler gibt, falls keine Praxisfirmen gefunden wurden.

Frau Michel verweist darauf, dass die Schüler in erster Linie selbstständig versuchen müssen die Praxisbetriebe zu finden. Falls sie gar keine Praxispartner finden, gibt es natürlich Unterstützung seitens der Schule. Sie fügt hinzu, dass das Projekt innerhalb des Schulgebäudes realisiert wird. Es sei ihr wichtig, dass keine eigene Gruppe gebildet wird, sondern dass die jungen Migranten mit deutschen Jugendlichen in Kontakt kommen und voneinander lernen können.

Stadträtin Bertram möchte erfahren, wie die Schule die Eltern einbindet.

Frau Michel antwortet, dass die Schule hierzu Gespräche mit den Eltern führt.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, findet das Projekt großartig und bedankt sich für den Vortrag. Sie fragt, ob die Kinder, die mit 14 Jahren neu dazu kommen, dann noch die 7. Klasse durchlaufen können.

Frau Michel antwortet, dass es vorkommt, dass die Jugendlichen das erste halbe Jahr nur DaZ-Unterricht haben. Das lässt sich nicht immer altersgerecht einordnen. Die Kinder müssen erst einmal die Sprache und die Schrift lernen.

Stadtrat Georg Schatzberg, AfD-Fraktion, ist sicher, dass der Erfolg des Abschlusses zum einem von der unterstützenden Begleitung durch die Eltern und zum anderen vom Intellekt und Einstellung des Schülers selbst abhängig sei.

Frau Michel kann dies nur bestätigen.

Weiter möchte Stadtrat Schatzberg wissen, warum Englisch als Zweitsprache unterrichtet wird.

Frau Michel antwortet, dass Englisch ein Pflicht- und Prüfungsfach ist.

Bürgermeister Kämpf fügt hinzu, dass die Stadt Plauen als Träger die entsprechenden Räumlichkeiten und Infrastruktur für das Projekt bereitstellt. Es sei auch erfreulich, dass aus dem Programm zusätzlich 50.000,00 Euro von der Landesregierung bereitgestellt werden. Er wünscht Frau Michel und ihrem Team alles Gute für das Projekt.

Zum Schluss weist Frau Michel noch darauf hin, dass das Projekt nichts mit dem Produktiven Lernen zu tun hat. Das Projekt läuft getrennt vom Produktive Lernen. Es sei zwar daran angelehnt, jedoch sind es trotzdem zwei verschiedene Lernmodelle.

- 3 **Folgeförderung für das Vorhaben „Villa Postplatz“ über das Programm „Weltoffenes Sachsen“ der Mobilien Jugendarbeit**
Berichterstattung: Vertreter des Vereins MJA Plauen e.V.

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

- 4 **Vorberatung**

4.1 Antrag der SPD/Initiative-Fraktion - Keine Erhöhung der Kitagebühren -, Reg.-Nr. 72/25 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadträtin Heike Bertram, Fraktion SPD/Initiative-Plauen, stellt den Antrag Reg.-Nr. 72-25 inhaltlich vor. Der Antrag liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Zum einen soll die Übergangsregelung § 8 der Elternbeitragssatzung in der Fassung vom Januar 2024 mit Wirkung ab dem 01.01.2026 wieder in die Elternbeitragssatzung aufgenommen werden. Zum anderen möchte zukünftig wieder der Stadtrat jährlich über die Elternbeitragssatzung per Beschluss entscheiden dürfen. Ziel ist dabei die Fortführung der Übergangsregelung.

Nach Meinung der SPD/Initiative-Plauen Fraktion hat sich die Übergangsregelung in den letzten Jahren bewährt. Die möglichst niedrigen Elternbeiträge sind ein ganz wichtiger Bestandteil der familienfreundlichen Politik in der Stadt Plauen. Dadurch wird Plauen attraktiver für den Zuzug von Familien und Fachkräften, zudem soll die Stadt aufgrund der Inflation jede Chance nutzen, um Familien zu unterstützen.

Dabei geht es ihrer Fraktion nicht nur um die Familien, welche Unterstützungsleistungen beantragen oder einen Zuschuss erhalten können, sondern unter anderem um die akademisch jungen Familien, die am Start ihrer Familien- und Karriereplanung sind. Diese Familien sollen trotz der Inflation eine Chance haben ihre Familienplanung zu verfolgen.

Man habe sich mit vielen jungen Familien unterhalten und musste mit Erschrecken feststellen, dass die Unsicherheit, ob man sich 1 oder ein zweites Kind leisten kann enorm wächst. Die Kinderzahlen sind bereits jetzt rückläufig. Aus diesem Grund hat sich die Fraktion zu diesem Antrag entschieden.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. So sind die Kosten in allen 3 Betreuungsbereichen aufgrund steigender Personal- und Sachkosten stetig gestiegen, zuletzt von 2023 auf 2024 um 8,85 %. Die Kitaplätze werden finanziert von der Stadt Plauen als Kommune, von den Elternbeiträgen und vom Freistaat Sachsen durch den Landeszuschuss.

Der Freistaat Sachsen sei kein verlässlicher Partner bei der Finanzierung der Kitabetreuung, so ist der Landeszuschuss seither nur minimal erhöht worden (ca. 55,00 Euro/Jahr), welcher parallel noch mit einer Anhebung des Personalschlüssels verbunden wurde.

Im Haushaltsplan 2025 der Stadt wurde die vom SSG geforderte 10 %-ige Erhöhung des Landeszuschusses veranschlagt, die jedoch ausblieb und nun zu Mindereinnahmen von ca. 989 TEUR führt. Die Lage wird sich nicht großzügig verändern, die Kostensteigerungen werden sich fortsetzen und die Kompensation der Mehrkosten in den nächsten Jahren sei vom Land nicht zu erwarten. Schlussendlich werden die Kitaplatzkosten zum großen Teil durch die Kommune und den Elternbeiträgen gedeckt werden müssen.

Der Aussage, dass sich die Übergangsregelung bewährt hätte, kann er sich nicht anschließen. Mit der Übergangsregelung seit 2018 hat man erreicht, dass keine Kostenanpassung stattgefunden hat und die Elternbeiträge somit seit vielen Jahren stagniert sind. Auch die beschlossene Dynamisierung zu widerrufen bedeute einen Rückschritt und erzeugt nicht nur viel höhere Erhöhungsbeiträge in den nächsten Jahren, sondern verursache zudem Verzögerungen bei der Bescheiderteilung der Elternbeiträge an die Eltern.

Wenn man die Elternbeiträge auf demselben Niveau belässt und der Landeszuschuss nicht erhöht wird, steigt der Kommunalanteil für die Stadt Plauen, dies bedeutet eine massive Belastung des städtischen Haushaltes.

Trotz der Inflation ist festzustellen, dass die Durchschnittseinkommen für Beschäftigte gestiegen sind, man könne also eine positive Lohnentwicklung verzeichnen. Des Weiteren können die Familien mit geringen oder gar keinem Einkommen Unterstützungsleistungen wie ganz oder teilweise Übernahme der Elternbeiträge beim Jugendamt beantragen oder die Elternbeiträge bis zu 4.800,00 Euro jährlich von der Einkommenssteuererklärung absetzen.

Zudem sei die Stadt Plauen im regionalen Vergleich immer noch die günstigste Kommune bei der Erhebung von Elternbeiträgen. Herr Hoffmann zeigt nochmal die haushaltsseitigen Auswirkungen des Antrages anhand der Zahlen auf, welche der Anlage 1 und 2 der Stellungnahme entnommen werden können.

Würde der Ausschuss dem Antrag der SPD/Initiative-Fraktion folgen, so würde dies in 2026 nicht nur zu Mindereinnahmen an Elternbeiträgen gegenüber der aktuellen Satzung von 1,128 Mio. EUR führen, sondern auch in den kommenden Jahren die Mehrbelastung des städtischen Haushaltes zur Folge haben. Eine Entlastung durch die Landeszuschussberechnung ist jetzt und auch in 2027 eher nicht zu erwarten. Daher kann die Stadtverwaltung die Zustimmung des Antrages nicht empfehlen.

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bedankt sich für die detaillierten Ausführungen. Es sei ihm wichtig, die Fakten nochmal richtig einzuordnen. Seiner Meinung nach hat sich die Übergangsregelung in den vergangenen Jahren keineswegs bewährt, sondern dafür gesorgt, dass die Stadt Plauen jetzt vor dieser schwierigen Lage überhaupt steht.

Aktuell hat man eine freiwillige Haushaltskonsolidierung. Dies kann sich jedoch schnell ändern. Durch die finanzielle Last des städtischen Haushaltes, sieht er die Gefahr einen Zwangshaushalt auszulösen, dann würde man sich an den Maximalgrenzen im Kitabereich bewegen. Noch sei die Liquidität vorhanden. Dennoch soll man auch die Eigenanteile für Investitionen, welche seitens der Stadt zu leisten sind, bedenken. Sollten keine Eigenanteile mehr geleistet werden können, würden trotz der Förderungen Schulen und Kitas nicht mehr saniert werden können. Das sei alles eine Frage der Prioritäten.

Es gebe bereits Entlastungen für die Familien mit mehreren Kindern oder Abstufungen in den Elternbeiträgen für Alleinerziehende. Zudem könnte man die Elternbeiträge als Ausgabe von der Steuer absetzen.

Wenn wir hier entlasten, entlasten wir nur geringfügig die Eltern, sondern in erste Linie den Vogtlandkreis und die Bundesregierung. Zudem sei es bei der Diskussion notwendig, Deckungsquellen zu benennen. Da diese fehlen, könne man den Antrag gar nicht abstimmen lassen.

Ferner kritisiert er die Landesregierung. Er erinnert sich an die letzte Debatte, bei der das Kita-Moratorium vom Land kommen sollte. Die Kostensteigerungen werden durch das Land nicht ansatzweise kompensiert und gehen zu Lasten der Kommunen. Wenn die Landespolitiker, wie Juliane Pfeil fordern, dass die Elternbeiträge nicht erhöht werden sollen, dann sollen sie sich auch dafür im Landtag einsetzen, so Bürgermeister Kämpf weiter.

Bürgermeister Kämpf macht einen Änderungsvorschlag (fett markiert) und trägt diesen vor.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 7. Änderung der Satzung der Stadt Plauen über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) nach folgenden Maßgaben dem Stadtrat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen, **sofern die dadurch entstandenen Defizite durch das Land kompensiert werden. Hierzu ist die Landtagsabgeordnete Juliane Pfeil als Sprecherin für Finanzen der SPD-Fraktion einzubinden.**

Er fragt die Stadträte, ob sie mit diesem Vorschlag einverstanden wären.

Stadtrat Michael Petzold, CDU-Fraktion, begrüßt den Änderungsvorschlag. Oft wird über Dinge diskutiert, die wir als Stadt, als Fraktion leider nicht ändern können. Seiner Meinung nach hat sich die Übergangsregelung ebenfalls nicht bewährt. Wenn die Dynamisierung fortgeführt wird, werden die Beiträge nächstes Jahr deutlich niedriger. Es macht ihn traurig, dass mit Aktionen vor den Kitas den Eltern suggeriert wird, dass die Elternbeitragserhöhung vermeidbar sei. Nur wenn das Land die Stadt Plauen bei den Mehrkosten unterstützt, könne man die Erhöhung der Elternbeiträge vermeiden.

Weiter teilt er mit, dass die CDU-Fraktion einen Antrag einreichen möchte. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Informationsflyer über die Zusammensetzung der Betreuungskosten zu erstellen sowie an die Einrichtungen und Eltern zu verteilen. Darin sollen die Kosten aufgelistet werden, welche die Stadt Plauen und die Eltern tragen sowie die Zuschüsse vom Freistaat Sachsen (3 Säulen). Des Weiteren sollte man die Betreuungsqualität nicht außer Acht lassen. Vielen Eltern sei es wichtig, dass ihre Kinder eine hervorragende Betreuung bekommen, die auch finanziell unterlegt ist. Er übergibt den Antrag an Bürgermeister Kämpf.

Stadtrat Sven Gerbeth, Freie Bürgerliste Plauen, wünscht, dass auch die Kommunalpolitiker sich stärker gegenüber der Landesregierung positionieren. Flyer könnten einen Teil der Eltern erreichen. Er

gibt zu bedenken, dass vor allem die Eltern oder Alleinerziehende betroffen sind, die gerade so über der Einkommensgrenze liegen. Das ist sehr traurig.

Bürgermeister Kämpf entgegnet, dass man als Kommune keinen Einfluss auf die Entscheidungen in der bundespolitischen Ebene habe. Er erklärt, dass es keine starren Einkommensgrenzen gibt. Wenn gar kein Einkommen vorhanden ist, werden die Elternbeiträge auf Antrag komplett vom Jugendamt übernommen. Eltern mit einem geringen Einkommen können Zuschüsse erhalten. Für Mehrkindfamilien und Alleinerziehende gibt es Reduzierungen. Zudem gibt es weitere Unterstützungsleistungen über den Antrag Bildung und Teilhabe.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass die Verwaltung sich dem Antrag der CDU-Fraktion annimmt, es muss daher nicht abgestimmt werden. Man wird über die Pressestelle einen entsprechenden Flyer erarbeiten lassen und in elektronischer Form zur Verfügung stellen.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Grüne/Linke, bittet die Kosten nicht nur aufzuschlüsseln, sondern darzustellen, wo die Eltern welche Unterstützungsleistungen beantragen können und welche Absetzungsmöglichkeiten es steuerlich gibt. Sie findet die Reduzierung nicht besonders groß. Unabhängig von finanzpolitischen Sprechern, findet sie, dass auch andere Parteien durchaus Druck auf die Landesregierung erhöhen können.

Bürgermeister Kämpf begrüßt diesen Vorschlag. Wir haben mehrere Landtagsabgeordnete im Vogtland, die in der Landesregierung Einfluss haben sich für die Kitafinanzierung einzusetzen. Er wünscht sich, dass die Zuschüsse vom Land wenigstens Schritt halten mit den Mehrkosten, welche die Stadt Plauen kompensieren muss. Das wäre die Mindestforderung an die Landesregierung. Er möchte die Landespolitiker hierzu aktiv einbinden.

Der Antrag wurde, wie ursprünglich von der SPD/Initiative-Fraktion eingereicht, aufgrund fehlender Deckungsquelle nicht abgestimmt.

Bürgermeister Kämpf möchte eine Ergänzung in den Antrag einbringen und trägt den Änderungsvorschlag vor.

Nach dem ersten Absatz soll folgender Zusatz (fett markiert) ergänzt werden:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 7. Änderung der Satzung der Stadt Plauen über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) nach folgenden Maßgaben dem Stadtrat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen, **sofern die dadurch entstehenden Defizite vom Land kompensiert werden. Hierzu sind die Landespolitiker unserer Stadt Plauen aktiv einzubinden. Er stellt den Änderungsvorschlag zur Abstimmung.**

Abstimmungsergebnis:

8 x Ja-Stimmen

0 x Nein-Stimmen

0 x Enthaltungen

Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses stimmen dem Änderungsvorschlag einstimmig zu.

Stadtrat Georg Schatzberg, AfD-Fraktion, möchte anmerken, dass die Finanz- und die Sicherheitsprobleme in den Kommunen auf die Verordnungen vom Land und Bund zurückzuführen seien. Die finanziellen Probleme resultieren aus den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes, zudem steigen auch die Personalkosten. Er kann nicht nachvollziehen, warum die Landeszuschüsse dann konstant bleiben und nicht aufgrund der steigenden jährlichen Personalkosten automatisch angepasst werden. Ferner spricht er die kommunalen Spitzenverbände an und möchte wissen, inwieweit diese Einfluss auf die Landes- und Bundesregierung haben, damit die Zuschüsse an die Kommunen weitergegeben werden.

Bürgermeister Kämpf erläutert, dass der SSG (Sächsische Städte- und Gemeindetag) die Stadt Plauen als Kommune vertritt. Dort habe man massiv darauf hingewiesen, dass es keinerlei Dynamisierung gibt. Die ganzen Kostensteigerungen gehen zu Lasten der Kommunen, im Endeffekt entlastet sich das Land mittelfristig auf Kosten der Kommunen, das sei eine große Sauerrei.

Deswegen sei es wichtig, das Thema auf der Landesebene entsprechend zu fokussieren, so Herr Kämpf weiter.

Stadtrat Tim Schuster, AfD-Fraktion, fragt, ob überhaupt eine Abstimmung zwingend notwendig sei, da es sich um eine Vorberatung handelt.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass es sich um eine Empfehlung handelt. Der Antrag wird ohnehin im Stadtrat behandelt. Es ist ein Antrag, zu welchem grundsätzlich abgestimmt wird. Man muss den Antrag zwar nicht im Ausschuss abstimmen, aber die Abstimmung im Ausschuss dient zur Meinungsbildung und als Empfehlung dieses Fachausschusses an die Fraktionen. Der Antrag wird somit durch den Fachausschuss angepasst.

Bürgermeister Kämpf stellt nun den Antrag mit der Änderung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7 x Ja-Stimmen

0 x Nein-Stimmen

1 x Stimmenthaltung

Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses stimmen dem Antrag mit der Änderung mehrheitlich zu.

5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Tim Schuster, AfD-Fraktion, ihm sei bekannt geworden, dass es seit anderthalb Jahren an der Friedrich-Rückert-Grundschule keinen Schulgarten mehr gibt. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gebe, den Schulgarten wieder ins Leben zu rufen. Der Elternrat sei sehr verärgert darüber. Ferner möchte er erfahren, warum der Schulgarten nicht mehr betrieben wird.

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, die Grundschule Friedrich-Rückert ist sehr eng mit dem Gebäude und dem Schulhof der Friedrich-Rückert-Oberschule verbunden. Die erfreuliche Nachricht ist, dass über die ESF Förderung die Rückert-Oberschule saniert werden kann. Natürlich sei dies auch mit einem Eigenanteil seitens der Stadt Plauen untersetzt. Mit diesem Förderprogramm möchte man versuchen auch den Schulhof zu sanieren. Es wäre gut, wenn es gelingt in diesem Zusammenhang das ganze Areal neu zu gestalten. Derzeit muss man jedoch noch abwarten, welche Fördermittel genehmigt und welche Kriterien dazu aufgestellt werden.

Da die Sanierung eine gewisse Zeit dauert, könnte man sich nach einer Alternative umsehen. Wenn der Wunsch besteht, können die Schulleitung und/oder der Elternrat direkt auf den Bürgermeister zukommen.

Gemeinsam könnte man beraten, ob übergangsweise der Schulgarten an anderer Stelle temporär bereitgestellt werden kann.

Stadtrat Schuster ergänzt, dass der Schulgarten schon existiert, dieser ist auch abgezaunt und wird vom Hausmeister gemäht. Nur wird der Schulgarten derzeit nicht mehr genutzt, weil die Fördermittel weggefallen sind. Er findet es schade, dass der Schulgarten deswegen verfällt.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass die Nutzung des Schulgartens in der Verantwortung der jeweiligen Schule liegt. Die genauen Gründe für die Nichtnutzung seien ihm nicht bekannt. Er bietet an, mit der Schulleiterin und dem Elternrat ins Gespräch zu kommen, um kurzfristig alternative Nutzungsmöglichkeiten zu finden.

Simone Schurig, Leiterin des Schul- und Sportreferats, ergänzt, dass die Friedrich-Rückert-Grund- sowie die Oberschule und Hufeland Oberschule im Startchancen Programm sind. Für diese Schulen sollen verschiedene Förderprogramme zusammengeführt werden, um Doppelplanungen zu vermeiden und eine effiziente Ausreichung der Fördermittel an die Schulen zu gewährleisten. Ihr ist bekannt, dass der Schulgarten in der Gartenanlage integriert ist. Sie wird den aktuellen Zustand prüfen lassen und eine schriftliche Beantwortung an die Fraktion zuarbeiten.

Stadtrat Georg Schatzberg, AfD-Fraktion, stellt fest, dass Thema Schulgarten ein grundsätzliches Problem sei. So berichtet er, dass es früher Schulgartenunterricht an der Jößnitzer Grundschule gab. Diesen gibt es aber in dieser Form nicht mehr. Es steht irgendwann zwar eine Schulsanierung an, nun stehen dort aber 2 Hochbeete auf dem Hof, die total verfallen und mit Unkraut bewachsen sind. Laut

der Schulleitung gebe es keinerlei Ambitionen, den Schulgarten zu betreiben. Es wäre daher vielleicht ratsam, es wieder als Schulfach im Unterrichtsplan aufzunehmen, so Herr Schatzberg abschließend.

Bürgermeister Kämpf schlägt vor, das Thema mit den Schulleitungen zu besprechen. Es gibt auch Schulen, wie die Karl-Marx-Grundschule, die ihren Schulgarten aktiv nutzt und welcher als Inhalt im Unterricht eingebaut ist. Dennoch obliegt die Betreuung des Schulgartens in der Priorisierung der Schulen selbst. Er bittet mit Vermutungen vorsichtiger umzugehen. Im Fall der Rückertschule müsse man den Zustand konkret beleuchten und schauen, welche Unterstützung benötigt werde. Er nimmt die Anfrage mit und sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf
Bürgermeister GB I

Sven Gerbeth
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj
Schriftführerin

Tim Schuster
Stadtrat